HNA
15.01.2002

Lokales

HEUTE IM LOKALTEIL

Streit um Fischerei geht weiter

EDERSEE ■ Naturschutzverbände und Interessengemeinschaft Edersee haben in einem offenen Brief eine ökologische Bewirtschaftung des Edersees gefordert. **SEITE 9**

NATURSCHUTZVERBÄNDE UND INTERESSENGEMEINSCHAFT EDERSEE

Weiter Streit um die Fischerei

Der Streit um die Edersee-Fischerei geht weiter. Naturschutzverbände und die neu gegründete Interessengemeinschaft Edersee fordern in einem offenen Brief eine ökologische Bewirtschaftung des Sees.

EDERSEE ■ Am Wochenende machten die Mitglieder der aus Fischereivereinen, Naturfreunden und Gewerbetreibenden gegründeten Interessengemeinschaft Edersee in einer Veranstaltung in Vöhl ihrem Unmut gegen die geplante Wiederverpachtung der Fischerei am Edersee an einen Berufsfischer Luft. Unabhängig davon haben die anerkannten Naturschutzverbände und die Interessengemeinschaft in einem offenen Brief eine ökologische Bewirtschaftung des Edersees gefordert.

Bevor der Berufsfischer den Edersee pachtete, war die Welt für die Angelfischer, wie sie sagten, noch in Ordnung. Im Jahr 2000 habe das Wasser- und Schifffahrtsamt angekündigt, das notwendige Abfischen künftig durch einzelne Lohnaufträge vorzunehmen. „Diese Bewirtschaftungsform hätte auch den Zielen des Naturparks entsprochen", so der Vorsitzende der Interessengemeinschaft, Axel Finke (Bad Wildungen). Im Oktober vergangenen Jahres sei dann aber anlässlich einer Sitzung der Ederseeausschuss-Mitglieder die zu begrüßende Bewirtschaftungsart aufgegeben und eine Neuverpachtung des Sees zwischen Aseler Brücke und Sperrmauer beschlossen worden.

Zu den Gründen des Protestes der Interessengemeinschaft und der Naturschutzverbände zählen die ihrer Auffassung nach zu hohen Weißfischbestände, die angeblich 95 Prozent der gesamten Fischfauna ausmachten. Sie sehen hierin eine Folge „der unsachgemäßen Bewirtschaftungsart durch den Berufsfischer."

In Abdeckerei

Ein Teil der Weißfischbestände bestehe aus hochrückigen Brassen, für die es angeblich keine Absatzmöglichkeiten gebe. So würden jährlich 20 bis 30 Tonnen Weißfische vom Berufsfischer in der Abdeckerei auf Kosten der Steuerzahler entsorgt. „Für die Vernichtung dieser Fische gibt es nach den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes keinen vernünftigen Grund. Die Situation ist weder sittlich noch moralisch mit der Ausweisung des Naturparks Kellerwald-Edersee vereinbar," so die Sprecher der Interessengemeinschaft.

Die Hobby-Fischer setzten sich nach eigenen Angaben dagegen seit Jahren für eine Attraktivierung des Sees durch einen funktionsfähigen Fischpass mit Infocenter an der Sperrmauer ein. So könnten Lachs und Meerforelle am „blauen Auge des Waldecker Landes" wieder heimisch werden.

Als weiteres Problem sehen die Hobby-Angler den Aalbesatz. Durch Sauerstoffmangel und Faulschlamm auf dem Seegrund seien diese gezwungen, in die obere Eder zu wandern. Testfischungen erbrachten nach Angaben der Interessengemeinschaft dort einen Aal-Anteil von über 50 Prozent. Üblich seien sechs bis acht Prozent.

Eine ökologische Bewirtschaftung des Sees würde sich nach Angaben der Interessengemeinschaft aber auch positiv auf die wirtschaftliche Situation der Ederseeregion auswirken. So sei der Verkauf von Fischereischeinen in der Zeit der Berufsfischerei von 45 000 auf 12 000 Stück zurückgegangen. Nach Berechnungen der Interessengemeinschaft könnte der Verkauf der Fischereierlaubnisscheine auf 50 000 bis 60 000 angehoben werden. Der Sprecher: „Das würde der Ederseeregion zusätzliche Einnahmen aus dem Angeltourismus in Höhe von sieben bis acht Millionen Euro bescheren."

Die Interessengemeinschaft wies ferner darauf hin, dass nach der von der Bundesrepublik übernommenen Wasserrichtlinie der EU alle Fließgewässer in spätestens 13 Jahren in einen guten ökologischen und chemischen Zustand versetzt und die Durchgängigkeit für die Wasserfauna sichergestellt sein solle. „Bei einer Verpachtung an den Berufsfischer wird das Ziel sicher nicht erreicht werden können."

Recht an Gemeinden

Interessengemeinschaft und Naturschutzverbände empfehlen deshalb, die Ausschreibung zurückzunehmen und das gesamte Fischereirecht an die Anliegergemeinden zu übergeben oder der Interessengemeinschaft oder einer ähnlichen Institution zu verpachten.

In ihrem offenen Brief an das Wasser- und Schifffahrtsamt, Ministerien, Abgeordnete, Landkreis, Gemeinden, Zweckverband Naturpark und Fischereiverband Kurhessen haben die Unterzeichner zahlreiche Fragen formuliert. Ihrem Landesverband werfen die Fischereivereine vor, gegen das Hessische Fischereigesetz zu verhandeln - und erwägen sogar einen Austritt aus dem Verband. *(eg)*